

3. Weitere zusätzliche Unterkünfte in Sinstorf sind nicht vorgesehen.
4. Der Bezirk und der Senat prüfen in Marmstorf und Rönneburg weitere Standorte. Die Gesamtkapazität dieser Standorte zusammen liegt bei maximal 600, wobei die einzelnen nicht 300 übersteigen. Ziel ist es die geplanten Unterkünfte räumlich zu entzerren.
5. Der Bezirk initiiert einen Runden Tisch . Dieser wird dann an den Betreiber der Einrichtungen übergeben und fortgeführt. Hier werden alle beteiligten Initiativen fortlaufend über die Planungen informiert. Er dient insbesondere dazu, Projekte zur Integration und des gemeinsamen Miteinanders in den Stadtteilen zu fördern. Im Rahmen des Runden Tisches werden unter anderem die Themen Sicherheit, Schule, Kita, Zugang zur ärztlichen Versorgung etc. besprochen.
6. Öffentlicher Personen Nahverkehr: Die Einführung der Stadtbuslinie 345 von der Haltestelle Sinstorfer Kirchweg über den Sinstorfer Weg, Einkaufszentrum Marmstorf zum Bahnhof Harburg ist erwünscht.
7. Ersatzpflanzungen von Bäumen auf dem Grundstück: Bereits gefälltte Bäume werden ersetzt. Dies umfasst auch Bäume entlang des Sinstorfer Kirchweges.

Schlussbemerkung

Alle an dieser Vereinbarung beteiligten Parteien vereinbaren eine faire, transparente und nachhaltige Zusammenarbeit für die gelingende Integration und das Gemeinwohl der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie vereinbaren, sich regelmäßig über den Fortgang bei der Umsetzung dieser Vereinbarung auszutauschen und diese im Bedarfsfall neuen Gegebenheiten anzupassen. Die öffentlichen Stellen verpflichten sich zur erfolgreichen Umsetzung der sie betreffenden Maßnahmen, die Seite der Initiative zur bestmöglichen Begleitung und Mitwirkung vor Ort. Hierzu gehört insbesondere vereinbarungsgemäßes Handeln der unterzeichnenden Parteien sowie, Klagen gegen die in dieser Vereinbarung enthaltenen Unterkünfte durch die Bürgerinitiative weder zu erheben noch zu unterstützen.

Unterzeichnet im Harburger Rathaus am 28. Juli 2016

Für den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg
Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Dr. Melanie Leonhard

Für das Bezirksamt

Thomas Völsch

Für die Bürgerinitiative Marmstorf-Sinstorf

Stefan Heidtmann

Uwe Behrmann

Ingo Tesch

Präambel

Wir, die „Bürgerinitiative Marmstorf-Sinstorf“, der Hamburger Senat sowie das Bezirksamt Harburg nehmen eine verantwortungsvolle Rolle in Bezug auf die nach Hamburg geflüchteten Menschen ein und verständigen uns – aufbauend auf bisherigen Beschlüssen von Senat, Fachbehörden, Bezirksamt und Bezirksversammlung und unter grundsätzlicher Wahrung der Rechte und Zuständigkeiten von Senat, Bürgerschaft und Bezirksversammlung – auf nachfolgende Vereinbarung.

Die Freie und Hansestadt Hamburg, der Senat und das Bezirksamt erkennen den Integrationswillen der Menschen in Sinstorf und Marmstorf ausdrücklich an.

Die Stadtteile Sinstorf und Marmstorf werden bei der Unterbringung von Geflüchteten einen relevanten Beitrag leisten. Damit beteiligen sich die Stadtteile am Solidarprinzip bei der Bewältigung einer großen Herausforderung. Die Freie und Hansestadt Hamburg, der Senat und das Bezirksamt Harburg begrüßen insbesondere die Hilfsbereitschaft, das Engagement und den Integrationswillen der Menschen in Sinstorf und Marmstorf.

Unser vorrangiges Ziel ist es, die Integration der nach Hamburg geflüchteten Menschen zum Erfolg zu führen. Alle Parteien sind sich einig, dass eine erfolgreiche Integration nur durch eine ausreichende Heterogenität in bestehenden Nachbarschaften möglich ist. Daher soll es gelingen, Geflüchtete mit längerfristiger Bleibeperspektive Schritt für Schritt auch in normalen Wohnraum zu integrieren. Die Zentralen Erstaufnahmen ebenso wie die Folgeunterkünfte sind daher nur als Zwischenschritt anzusehen und unter Maßgabe der Verfügbarkeit von Wohnraum und des Unterbringungsbedarfs sukzessive zu reduzieren und aufzulösen.

Ausgangssituation

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration informierte die Bezirksversammlung Harburg im Dezember 2015 über die geplante öffentlich-rechtliche Unterkunft auf den Grundstücken Sinstorfer Kirchweg und Leuchtkäferweg. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadtteile wurden erstmalig am 21. Januar 2016 öffentlich auf einer Veranstaltung informiert.

Geplant waren am Sinstorfer Kirchweg nach der damaligen Massenplanung eine Unterbringungskapazität von 364 Personen, wobei die Planung eine mögliche Kapazität bis zu 400 vorsah.

Am Leuchtkäferweg ergab die damalige Massenplanung eine Unterbringungskapazität von 468 Personen, wobei die Planung eine mögliche Kapazität bis zu 500 vorsah.

Um die geplanten Unterkünfte hat sich reges ehrenamtliches Engagement gebildet, hauptsächlich koordiniert von der Initiative „Sinstorf-hilft!“.

Nach einer Vermittlung durch die SPD Fraktion in der Bezirksversammlung und dem SPD Wahlkreisabgeordneten Sören Schumacher vereinbaren wir folgende Punkte:

1. Die Unterbringung von Flüchtlingen in der ÖRU Sinstorfer Kirchweg wird auf eine Kapazität von maximal 300 Plätzen dimensioniert. Die Bauweise erfolgt 2-geschossig parallel entlang des Sinstorfer Kirchweges. Im hinteren Grundstücksbereich bis zu 3 Geschosse. Die Unterbringung ist auf eine Laufzeit von 10 Jahren befristet. Bei der Belegung wird auf eine Heterogenität geachtet. Der Anteil von Menschen, die in Familien leben, also in Haushalten mit mindestens einem Kind, soll bei der Unterkunft bei 60 Prozent liegen. Die Belegung der Wohnungen mit männlichen Personen soll pro Wohnung max. 4 Personen umfassen.
2. Die Unterbringung von Flüchtlingen am Leuchtkäferweg entfällt.

**Vereinbarung zwischen
der Bürgerinitiative Marmstorf-Sinstorf,
dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg,
dem Bezirksamt Harburg**